

# Anhang XVI

## Öffentliches Auftragwesen<sup>1</sup>

### Verzeichnis nach Art. 65 Abs. 1

#### Einleitung

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
  - die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
  - Hinweise auf Gebiete oder Sprachen der EG
  - Verweise auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
  - Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,
- so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nicht anders bestimmt ist.

#### Sektorale Anpassungen

1. Für die Anwendung der Richtlinien 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, gilt folgendes:  
Bis die Freizügigkeit der Arbeitskräfte gemäss Art. 28 des Abkommens hergestellt ist, sorgen die Vertragsparteien für

- den effektiven freien Zugang für Beschäftigte, die bei Auftragnehmern der Vertragsparteien, die öffentliche Bauaufträge erhalten haben, Schlüsselstellungen bekleiden;
  - den nichtdiskriminierenden Zugang zu Arbeitsbewilligungen für Auftragnehmer der jeweils anderen Vertragsparteien, die öffentliche Bauaufträge erhalten haben.
2. Wenn auf Grund der Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bekanntmachungen oder Schriftstücke veröffentlicht werden müssen, gilt folgendes:
- a) Die Veröffentlichung von Bekanntmachungen und anderen Schriftstücken auf Grund der Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften und im "Tenders Electronic Daily" erfolgt durch das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
  - b) Bekanntmachungen der EFTA-Staaten sind mindestens in einer der Gemeinschaftssprachen dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften zuzusenden. Sie sind in den Gemeinschaftssprachen in der Reihe S des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften und im "Tenders Electronic Daily" zu veröffentlichen. EG Bekanntmachungen brauchen nicht in die Sprachen der EFTA-Staaten übersetzt zu werden.
3. Wird Teil VII Kapitel 3 des Abkommens zur Überwachung im Sinne dieses Anhangs angewandt, so ist die EG-Kommission für die Überwachung vermutlicher Verstöße zuständig, die von einem Auftraggeber in der Gemeinschaft begangen werden, und die EFTA-Überwachungsbehörde für vermutliche Verstöße, die von einem Auftraggeber in einem EFTA-Staat begangen werden.

### Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird

1. Aufgehoben
2. **32014 L 0024**: Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG ([ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65](#)), geändert durch:
  - **32015 R 2170**: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2170 der Kommission vom 24. November 2015 ([ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 5](#));
  - **32017 R 2365**: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2365 der Kommission vom 18. Dezember 2017 ([ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 19](#));

- **32019 R 1828**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1828 der Kommission vom 30. Oktober 2019 ([ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 25](#));
  - **32021 R 1952**: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1952 der Kommission vom 10. November 2021 ([ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 23](#));
  - **32023 R 2495**: Delegierte Verordnung (EU) 2023/2495 der Kommission vom 15. November 2023 (ABl. L 2023/2495 vom 16.11.2023).  
Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:
    - a) Bezugnahmen auf Art. 107 AEUV sind als Bezugnahmen auf Art. 61 des EWR-Abkommens zu verstehen.
    - b) Bezugnahmen auf Art. 346 AEUV sind als Bezugnahmen auf Art. 123 des EWR-Abkommens zu verstehen.
    - c) Die Anhänge I, III und XI werden durch die Anlagen 1 bis 3 des vorliegenden Anhangs ergänzt.
    - d) In Art. 73 werden die Worte "aus den Verträgen und dieser Richtlinie, die der Gerichtshof der Europäischen Union in einem Verfahren nach Art. 258 AEUV festgestellt hat," durch die Worte "aus dem EWR-Abkommen und dieser Richtlinie, die der EFTA-Gerichtshof in einem Verfahren nach Art. 31 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs festgestellt hat," ersetzt.
    - e) Art. 25 findet keine Anwendung.
    - f) Die Bezugnahmen auf die Übereinkommen der IAO in Anhang X gelten nicht für Liechtenstein. Liechtenstein gewährleistet jedoch die Einhaltung von Standards, die denen gemäss den in Anhang X genannten Übereinkommen der IAO gleichwertig sind.
- 2a. **32016 R 0007**: Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ([ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 16](#)).
3. Aufgehoben
4. **32014 L 0025**: Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG ([ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243](#)), geändert durch:
- **32015 R 2171**: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2171 der Kommission vom 24. November 2015 (ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 7);

- 32017 R 2364: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2364 der Kommission vom 18. Dezember 2017 ([ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 17](#));
- 32019 R 1829: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1829 der Kommission vom 30. Oktober 2019 ([ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 27](#));
- 32021 R 1953: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1953 der Kommission vom 10. November 2021 ([ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 25](#));
- 32023 R 2496: Delegierte Verordnung (EU) 2023/2496 der Kommission vom 15. November 2023 (ABl. L 2023/2496 vom 16.11.2023).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Bezugnahmen auf Art. 107 AEUV sind als Bezugnahmen auf Art. 61 des EWR-Abkommens zu verstehen.
  - b) Die Art. 43, 85 und 86 finden keine Anwendung.
  - c) Bezugnahmen auf Art. 346 AEUV sind als Bezugnahmen auf Art. 123 des EWR-Abkommens zu verstehen.
  - d) In Art. 90 werden die Worte "aus den Verträgen und dieser Richtlinie, die der Gerichtshof der Europäischen Union in einem Verfahren nach Art. 258 AEUV festgestellt hat," durch die Worte "aus dem EWR-Abkommen und dieser Richtlinie, die der EFTA-Gerichtshof in einem Verfahren nach Art. 31 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs festgestellt hat," ersetzt.
  - e) Die Bezugnahmen auf die Übereinkommen der IAO in Anhang XIV gelten nicht für Liechtenstein. Liechtenstein gewährleistet jedoch die Einhaltung von Standards, die denen gemäss den in Anhang XIV genannten Übereinkommen der IAO gleichwertig sind.
- 4a. 393 D 0327: Entscheidung 93/372/EWG der Kommission vom 13. Mai 1993 zur Festlegung der Voraussetzungen, unter denen die öffentlichen Auftraggeber, die geographisch abgegrenzte Gebiete zum Zwecke der Suche oder Förderung von Erdöl, Gas, Kohle oder anderen Festbrennstoffen nutzen, der Kommission Auskunft über die von ihnen vergebenen Aufträge zu erteilen haben ([ABl. Nr. L 129 vom 27.5.1993, S. 25](#)).

Die Bestimmungen der Entscheidung gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Die in Liechtenstein erforderlichen Massnahmen, um dieser Entscheidung nachzukommen, treten am 1. Januar 1996 in Kraft. Während dieser Übergangszeit wird die Anwendung der Entscheidung im Verhältnis

zwischen Liechtenstein und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

5. **389 L 0665:** Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge ([ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 33](#)), geändert durch:

- **32007 L 0066:** Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 ([ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 31](#));
- **32014 L 0023:** Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 ([ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1](#)), berichtigt in [ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24](#).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die in Liechtenstein erforderlichen Massnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1996 in Kraft; während dieser Übergangszeit wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen Liechtenstein und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.
  - b) Für die EFTA-Staaten wird die Bezugnahme auf "Art. 234 EG-Vertrag" in Art. 2 Abs. 9 durch die Bezugnahme auf "Art. 34 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs" ersetzt.
- 5a. **392 L 0013:** Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor ([ABl. Nr. L 76 vom 23.3.1992, S. 14](#)), geändert durch:
- **1 94 N:** Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge ([ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21](#), angepasst durch [ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1](#));
  - **1 03 T:** Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik

Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht, angenommen am 16. April 2003 (Abl. L 236 vom 23. September 2003, S. 33);

- 32006 L 0097: Richtlinie 2006/97/EG des Rates vom 20. November 2006 ([Abl. L 363 vom 20.12.2006, S. 107](#));
- 32007 L 0066: Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 ([Abl. L 335 vom 20.12.2007, S. 31](#));
- 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 ([Abl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1](#)), berichtigt in [Abl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24](#).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die in Liechtenstein und Norwegen erforderlichen Massnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Richtlinie 90/38/EWG gemäss Anhang XVI des EWR-Abkommens in Kraft tritt. Während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.
  - b) Für die EFTA-Staaten wird die Bezugnahme auf "Art. 234 EG-Vertrag" in Art. 2 Abs. 9 durch die Bezugnahme auf "Art. 34 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs" ersetzt.
  - c) Aufgehoben
  - d) Aufgehoben
- 5b. 392 L 0050: Richtlinie 92/50/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge ([Abl. Nr. L 209 vom 24.7.1992, S. 1](#)), geändert durch:
- 1 94 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge ([Abl. C 241 vom 29.8.1994, S. 1](#), angepasst durch [Abl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1](#));
  - 397 L 0052: Richtlinie 97/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1997 ([Abl. L 328 vom 28.11.1997, S. 1](#));

- 32001 L 0078: Richtlinie 2001/78/EG der Kommission vom 13. September 2001 ([ABl. L 285 vom 29.10.2001, S. 1](#)), berichtigt in [ABl. L 214 vom 9.8.2002, S. 1](#);
- 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht, angenommen am 16. April 2003 (Abl. L 236 vom 23. September 2003, S. 33);
- 32004 L 0018: Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31 März 2004 ([ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 1](#)), berichtigt in [ABl. L 351 vom 26.11.2004, S. 44](#).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) In Art. 4 Abs. 1 werden die Worte "Art. 223 des Vertrages" durch "Art. 123 des EWR-Abkommens" ersetzt.
  - b) Art. 30 Abs. 3 wird wie folgt ergänzt:
    - für Island das Firmaskrá und das Hlutafélagaskrá;
    - für Liechtenstein das Handelsregister und das Gewerberegister;
    - für Norwegen das Foretaksregisteret.
  - c) Die in Liechtenstein erforderlichen Massnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten am 1. Januar 1996 in Kraft. Während dieser Übergangszeit wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen Liechtenstein und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.
  - d) in Art. 1 der Richtlinie 97/52/EG wird die Angabe "Gemeinschaft" durch folgende Angabe ersetzt: "Gemeinschaft und der EFTA-Staaten, die das EWR-Abkommen unterzeichnet haben".
- 5c. 32009 L 0081: Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG ([ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76](#)), geändert durch:
- 32011 R 1251: Verordnung (EU) Nr. 1251/2011 der Kommission vom 30. November 2011 ([ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 43](#));

- 32013 R 1336: Verordnung (EU) Nr. 1336/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 ([ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 17](#));
- 32013 L 0016: Richtlinie 2013/16/EU des Rates vom 13. Mai 2013 ([ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 184](#));
- 32015 R 2340: Verordnung (EU) 2015/2340 der Kommission vom 15. Dezember 2015 ([ABl. L 330 vom 16.12.2015, S. 14](#));
- 32017 R 2367: Verordnung (EU) 2017/2367 der Kommission vom 18. Dezember 2017 ([ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 22](#));
- 32019 R 1830: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1830 der Kommission vom 30. Oktober 2019 ([ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 29](#));
- 32021 R 1950: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1950 der Kommission vom 10. November 2021 ([ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 19](#));
- 32023 R 2510: Delegierte Verordnung (EU) 2023/2510 der Kommission vom 15. November 2023 (ABl. L 2023/2510 vom 16.11.2023).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit der folgenden Anpassung:

Der Rechtsakt gilt nicht für Liechtenstein.

6. 371 R 1182: Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine ([ABl. Nr. L 124 vom 8.6.1971, S. 1](#))<sup>2</sup>.

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die in Liechtenstein erforderlichen Massnahmen, um dieser Verordnung nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1996 in Kraft; während dieser Übergangszeit wird die Anwendung der Verordnung im Verhältnis zwischen Liechtenstein und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.
  - b) Rechtsakte des Rates und der Kommission sind solche, auf die in diesem Anhang verwiesen wird.
- 6a. 32002 R 2195: Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) ([ABl. L 340 vom 16.12.2002, S. 1](#)), geändert durch:
- 32003 R 2151: Verordnung (EG) Nr. 2151/2003 der Kommission vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 329 vom 17.12.2003, S.1), berichtigt in [ABl. L 330 vom 18.12.2003, S. 34](#);



- 32008 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2008 der Kommission vom 28. November 2007 ([ABl. L 74 vom 15.3.2008, S. 1](#));
  - 32022 R 0943: Verordnung (EU) 2022/943 der Kommission vom 17. Juni 2022 ([ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 6](#)).
- 6b. Aufgehoben
- 6c. Aufgehoben
- 6d. Aufgehoben
- 6e. 32014 L 0055: Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen ([ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 1](#)).
- 6f. 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe ([ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1](#)), berichtigt in [ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24](#), geändert durch:
- 32015 R 2172: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2172 der Kommission vom 24. November 2015 ([ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 9](#));
  - 32017 R 2366: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2366 der Kommission vom 18. Dezember 2017 ([ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 21](#));
  - 32019 R 1827: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1827 der Kommission vom 30. Oktober 2019 ([ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 23](#));
  - 32021 R 1951: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1951 der Kommission vom 10. November 2021 ([ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 21](#));
  - 32023 R 2497: Delegierte Verordnung (EU) 2023/2497 der Kommission vom 15. November 2023 ([ABl. L 2023/2497 vom 16.11.2023](#)).
- Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:
- a) Bezugnahmen auf Art. 346 AEUV sind als Bezugnahmen auf Art. 123 des EWR-Abkommens zu verstehen.
  - b) Art. 44 Bst. c erhält folgende Fassung:  
"der EFTA-Gerichtshof entscheidet in einem Verfahren nach Art. 31 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs, dass ein EFTA-Staat gegen eine Verpflichtung aus dem EWR-Abkommen dadurch verstossen hat, dass ein öffentlicher Auftraggeber oder ein Auftraggeber dieses EFTA-Staats die fragliche Konzession unter Verletzung seiner Verpflichtungen aus dem EWR-Abkommen und aus dieser Richtlinie vergeben hat."

- c) Die Bezugnahmen auf die Übereinkommen der IAO in Anhang X gelten nicht für Liechtenstein. Liechtenstein gewährleistet jedoch die Einhaltung von Standards, die denen gemäss den in Anhang X genannten Übereinkommen der IAO gleichwertig sind.

6g. Aufgehoben

6h. **32016 D 1804**: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1804 der Kommission vom 10. Oktober 2016 über die Durchführungsmodalitäten für die Anwendung der Art. 34 und 35 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste ([ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 39](#)).

6i. **32019 R 1780**: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 der Kommission vom 23. September 2019 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen für öffentliche Aufträge und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986 (elektronische Formulare - eForms) ([ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 7](#)).

### Dokumente, die die Vertragsparteien zur Kenntnis nehmen

Bei der Anwendung der Bestimmungen dieses Anhangs nehmen die Vertragsparteien von den folgenden Dokumenten Kenntnis:

7. Vademekum über öffentliches Auftragswesen in der Gemeinschaft ([ABl. Nr. C 358 vom 21.12.1987, S. 1](#)).
8. Mitteilung der Kommission (KOM[89]400 vom 27. Juli 1989) über regionale und soziale Aspekte ([ABl. Nr. C 311 vom 12.12.1989, S. 7](#)).
9. **391 X 0561**: Empfehlung 91/561/EWG der Kommission vom 24. Oktober 1991 über die Standardisierung der Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge ([ABl. Nr. L 305 vom 6.11.1991, S. 19](#)).
10. **592 DC 0722S**: Mitteilung der Kommission - Die Teilnahme der kleinen und mittelständischen Unternehmen am öffentlichen Auftragswesen innerhalb der Gemeinschaft (SEK(92)722 endg. vom 1. Juni 1992).
11. Mitteilung der Kommission vom 30. Dezember 1992 hinsichtlich der Vordrucke, die von den vom Inkrafttreten der Richtlinie 90/531/EWG betroffenen Vergabestellen zu verwenden sind (ABl. Nr. S 252 A vom 30.12.1992, S. 1).

Anlage 1<sup>3</sup>

**Verzeichnisse der zentralen Regierungsbehörden gemäss Art. 2  
Nummer 1 Unterabs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU**

**I. In Island**

Forsætisráðuneytið	Amt des Premierministers
Atvinnuvega- og nýsköpunarráðuneytið	Ministerium für Industrie und Innovation
Fjármála- og efnahagsráðuneytið	Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Innanríkisráðuneytið	Ministerium für innere Angelegenheiten
Mennta- og menningarmálaráðuneytið	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Umhverfis- og auðlindaráðuneytið	Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen
Utanríkisráðuneytið	Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
Velferðarráðuneytið	Ministerium für Wohlfahrt

**II. In Liechtenstein:**

Regierung des Fürstentums Liechtenstein	Regierung des Fürstentums Liechtenstein
---	---

**III. In Norwegen:**

Statsministerens kontor	Amt des Premierministers
Arbeids- og sosialdepartementet	Ministerium für Arbeit und Soziales
Barne-, likestillings- og inkluderingsdepartementet	Ministerium für Kinder, Gleichstellung und soziale Inklusion
Finansdepartementet	Finanzministerium
Forsvarsdepartementet	Verteidigungsministerium
Helse- og omsorgsdepartementet	Ministerium für Gesundheit und Pflege
Justis- og beredskapsdepartementet	Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit
Klima- og miljødepartementet	Ministerium für Klima und Umwelt
Kommunal- og moderniseringsdepartementet	Ministerium für Kommunalverwaltung und Modernisierung

Kulturdepartementet	Ministerium für Kultur
Kunnskapsdepartementet	Ministerium für Bildung und Forschung
Landbruks- og matdepartementet	Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung
Nærings- og fiskeridepartementet	Ministerium für Handel, Industrie und Fischerei
Olje- og energidepartementet	Ministerium für Erdöl und Energie
Samferdselsdepartementet	Ministerium für Verkehr und Kommunikation
Utenriksdepartementet	Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Diesen Ministerien unterstellte Ämter und Einrichtungen.

## Anlage 2<sup>4</sup>

### Verzeichnis der in Art. 4 Bst. b der Richtlinie 2014/24/EU genannten Waren betreffend Aufträge von öffentlichen Auftraggebern, die im Bereich der Verteidigung vergeben werden

Island

Liechtenstein

Norwegen

Massgebend für die Zwecke dieser Richtlinie ist allein der Wortlaut von Anhang 4 Nummer 2 des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen, auf den sich das folgende indikative Warenverzeichnis stützt:

Kapitel 25: Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement

Kapitel 26: Metallurgische Erze sowie Schlacken und Aschen

Kapitel 27: Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse

ausgenommen:

ex 27.10 Spezialtreibstoffe

Kapitel 28: Anorganische chemische Erzeugnisse; organische oder anorganische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen

ausgenommen:

ex 28.09 Sprengstoffe

ex 28.13 Sprengstoffe

ex 28.14 Tränengase

ex 28.28 Sprengstoffe

ex 28.32 Sprengstoffe

ex 28.39 Sprengstoffe

ex 28.50 toxische Stoffe

ex 28.51 toxische Stoffe

ex 28.54 Sprengstoffe

Kapitel 29: Organische chemische Erzeugnisse

ausgenommen:

- ex 29.03 Sprengstoffe
- ex 29.04 Sprengstoffe
- ex 29.07 Sprengstoffe
- ex 29.08 Sprengstoffe
- ex 29.11 Sprengstoffe
- ex 29.12 Sprengstoffe
- ex 29.13 toxische Stoffe
- ex 29.14 toxische Stoffe
- ex 29.15 toxische Stoffe
- ex 29.21 toxische Stoffe
- ex 29.22 toxische Stoffe
- ex 29.23 toxische Stoffe
- ex 29.26 Sprengstoffe
- ex 29.27 toxische Stoffe
- ex 29.29 Sprengstoffe

Kapitel 30: Pharmazeutische Erzeugnisse

Kapitel 31: Düngemittel

Kapitel 32: Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Farben, Anstrichfarben, Lacke und Färbemittel, Kitte, Tinten

Kapitel 33: Ätherische Öle und Resinoide; zubereitete Riech-, Körperpflege- oder Schönheitsmittel

Kapitel 34: Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen, "Dentalwachs" und Zubereitungen für zahnärztliche Zwecke auf der Grundlage von Gips

Kapitel 35: Eiweissstoffe; Klebstoffe; Enzyme

Kapitel 37: Erzeugnisse zu fotografischen und kinematografischen Zwecken

Kapitel 38: Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie

ausgenommen:

ex 38.19 toxische Stoffe

Kapitel 39: Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester, künstliche Resinoide und Waren daraus

- ex 39.03 Sprengstoffe
- Kapitel 40: Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
  - ausgenommen:
    - ex 40.11 kugelsichere Reifen
- Kapitel 41: Häute und Felle, Leder
- Kapitel 42: Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
- Kapitel 43: Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
- Kapitel 44: Holz, Holzkohle und Holzwaren
- Kapitel 45: Kork und Korkwaren
- Kapitel 46: Flechtwaren und Korbmacherwaren
- Kapitel 47: Ausgangsstoffe für die Papierherstellung
- Kapitel 48: Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe
- Kapitel 49: Bücher, Zeitungen, Bilddrucke und andere Erzeugnisse des grafischen Gewerbes; hand- oder maschinengeschriebene Schriftstücke und Pläne
- Kapitel 65: Kopfbedeckungen und Teile davon
- Kapitel 66: Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon
- Kapitel 67: Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
- Kapitel 68: Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen
- Kapitel 69: Keramische Waren
- Kapitel 70: Glas und Glaswaren
- Kapitel 71: Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Fantasieschmuck
- Kapitel 73: Eisen und Stahl und Waren daraus
- Kapitel 74: Kupfer und Waren daraus
- Kapitel 75: Nickel und Waren daraus
- Kapitel 76: Aluminium und Waren daraus
- Kapitel 77: Magnesium, Beryllium und Waren daraus
- Kapitel 78: Blei und Waren daraus

Kapitel 79: Zink und Waren daraus

Kapitel 80: Zinn und Waren daraus

Kapitel 81: Andere unedle Metalle und Waren daraus

Kapitel 82: Werkzeuge, Schneidwaren und Essbestecke, aus unedlen Metallen; Teile davon

ausgenommen:

ex 82.05 Werkzeuge

ex 82.07 Werkzeugteile

Kapitel 83: Verschiedene Waren aus unedlen Metallen

Kapitel 84: Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; Teile davon

ausgenommen:

ex 84.06 Motoren

ex 84.08 andere Triebwerke

ex 84.45 Maschinen

ex 84.53 automatische Datenverarbeitungsmaschinen

ex 84.55 Teile für Maschinen der Position 84.53

ex 84.59 Kernreaktoren

Kapitel 85: Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte sowie andere elektrotechnische Waren, Teile davon

ausgenommen:

ex 85.13 Telekommunikationsausrüstung

ex 85.15 Sendegeräte

Kapitel 86: Schienenfahrzeuge und ortsfestes Gleismaterial, Teile davon

ausgenommen:

ex 86.02 gepanzerte Lokomotiven, elektrisch

ex 86.03 andere gepanzerte Lokomotiven

ex 86.05 gepanzerte Wagen

ex 86.06 Werkstattwagen

ex 86.07 Wagen

Kapitel 87: Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon

ausgenommen:

ex 87.01 Zugmaschinen

ex 87.02 Militärfahrzeuge



- ex 87.03 Abschleppwagen
- ex 87.08 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge
- ex 87.09 Krafträder
- ex 87.14 Anhänger

Kapitel 89: 89 Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen  
ausgenommen:

- ex 89.01A Kriegsschiffe

Kapitel 90: Optische, fotografische oder kinematografische Instrumente, Apparate und Geräte; Mess-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile davon:

ausgenommen:

- ex 90.05 Ferngläser
- ex 90.13 verschiedene Instrumente, Laser
- ex 90.14 Entfernungsmesser
- ex 90.28 elektrische oder elektronische Messinstrumente
- ex 90.11 Mikroskope
- ex 90.17 medizinische Instrumente
- ex 90.18 Apparate und Geräte für Mechanotherapie
- ex 90.19 orthopädische Apparate
- ex 90.20 Röntgenapparate und -geräte

Kapitel 91: Uhrmacherwaren

Kapitel 92: Musikinstrumente, Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte oder Bild- und Tonwiedergabegeräte für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Instrumente und Geräte

Kapitel 94: Möbel und Teile davon; medizinisch-chirurgische Möbel; Betausstattungen und ähnliche Waren

ausgenommen:

- ex 94.01A Sitze für Luftfahrzeuge

Kapitel 95: Bearbeitete Schnitz- und Formstoffe, Waren aus Schnitz- und Formstoffen

Kapitel 96: Besen, Bürsten, Pinsel, Puderquasten und Siebwaren

Kapitel 98: Verschiedene Waren

## Anlage 3<sup>5</sup>

### Register gemäss Art. 58 Abs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU

- in Island das "Ríkisskattstjóri"
- in Liechtenstein das "Gewerberegister" und das "Handelsregister"
- in Norwegen das "Foretaksregisteret"

- 
- 1 Anhang XVI abgeändert durch [LGBL 1995 Nr. 69](#), [LGBL 1995 Nr. 70](#), [LGBL 1995 Nr. 71](#), [LGBL 2000 Nr. 128](#), [LGBL 2000 Nr. 131](#), [LGBL 2003 Nr. 38](#), [LGBL 2004 Nr. 76](#), [LGBL 2004 Nr. 234](#), [LGBL 2005 Nr. 249](#), [LGBL 2007 Nr. 84](#), [LGBL 2007 Nr. 85](#), [LGBL 2008 Nr. 166](#), [LGBL 2008 Nr. 216](#), [LGBL 2010 Nr. 108](#), [LGBL 2012 Nr. 256](#), [LGBL 2012 Nr. 258](#), [LGBL 2012 Nr. 310](#), [LGBL 2013 Nr. 171](#), [LGBL 2014 Nr. 8](#), [LGBL 2014 Nr. 266](#), [LGBL 2015 Nr. 47](#), [LGBL 2017 Nr. 241](#), [LGBL 2017 Nr. 299](#), [LGBL 2017 Nr. 316](#), [LGBL 2017 Nr. 317](#), [LGBL 2017 Nr. 347](#), [LGBL 2018 Nr. 408](#), [LGBL 2020 Nr. 47](#), [LGBL 2022 Nr. 266](#), [LGBL 2023 Nr. 87](#), [LGBL 2023 Nr. 317](#), [LGBL 2024 Nr. 51](#) und [LGBL 2024 Nr. 194](#).
- 
- 2 Da Artikel 30 der Richtlinie 71/305/EWG und Artikel 28 der Richtlinie 77/62/EWG auf diese Verordnung verweisen, gehört diese zu den geltenden Vorschriften.
- 
- 3 Anlage 1 abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 316](#).
- 
- 4 Anlage 2 abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 316](#).
- 
- 5 Anlage 3 abgeändert durch [LGBL 2017 Nr. 316](#).
-